

Beilage zu Nummer 99 der Volksstimme.

Donnerstag den 29. April 1915.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 29. April 1915.

Ein Kriegsspekulanten-Hilferuf.

Der Bundesrat hat am 22. April eine Verordnung über den Ankauf von Reis durch eine Zentralstelle des Reichs erlassen. Es wird darin bestimmt, daß Reis-Großhändler und Mühlen ihre Reisporräte anzugeben haben und daß die Zentralstelle berechtigt ist, zu dem Preise von 40 bis 76 Mark für den Doppelzentner, je nach der Qualität, gewisse Vorräte für sich zu übernehmen. Diese Regierungsverordnung hat nun bei den Kriegsspekulanten wie der Blitz eingeschlagen. In der gegenwärtigen Zeit, wo jeder Lebensmittelproduzent und Großhändler von der Not und von dem Hunger der Massen gequält wird, Kriegsgewinne einfresten will, glauben auch die Reis-Spekulanten ein gutes Geschäft machen zu können. Große Massen sind aufgeschubelt worden und so ist der Marktpreis für sogenannten Mittelreis auf 110 Mark pro Doppelzentner hinaufgegangen. Es ist klar, daß, wenn die Großhändler und Spekulanten diesen Reis jetzt mit 40 bis 50 Mark abgeben müssen, sie einen starken Verlust erleiden. Im Handelsteil der „Volksstimme“ jammert ein „fachmännischer“ Mitarbeiter darüber, daß einzelne Großhändler und Händler 50 000 Mark, Mühlen, bei denen sogar bis zu 1000 Tonnen Umfang die Regel seien, eine halbe Million Mark Verlust haben würden. Er teilt mit, daß aus den Händlerkreisen Eingaben an die Regierung gerichtet wurden, in denen verlangt wird, daß den Warenbesitzern von der Zentral-Einkaufsgesellschaft mindestens der nachzuweisende Einkaufspreis bezahlt werden möge.

Wir haben uns schon gegenüber der Getreide- und Kartoffel-Spekulation gegen jede Rücksichtnahme auf die Spekulant erklärt und müssen auch in diesem Falle sagen, daß das Verlangen der Reis-Spekulanten durchaus ungerechtfertigt ist. Wer in Zeiten, wie den gegenwärtigen, mit der Not der Massen Spekulationsgeschäfte treibt und sich kein Gewissen daraus macht, die Lebensmittel verteuern zu helfen, der soll auch die Folgen tragen, wenn seine Rechnung einmal fehlerhaft. Gemein und besonders widerwärtig unsozial ist schon in Friedenszeiten die gewerbs- oder gewinnhabende Ausnutzung der Notlage eines anderen. Noch schlimmer ist ein solches Verhalten im Kriege, da nicht Lebensmittelhändler ebenso tief wie Landesverrat. Mögen die geschäftlichen Spekulant dann die Regierung für ihren Schaden verantwortlich machen, die durch ihr zögerndes Zugreifen bei der Sicherstellung der notwendigen Lebensbedürfnisse des Volkes der Spekulation Tür und Tor öffnen half.

Die Kartellung vom 27. April war bei Eröffnung nur mäßig besucht. Das Kartell hat auf den 1. Mai eine Mitgliederversammlung einberufen. Es wurde nun die Meinung vertreten, daß diese Veranstaltung Sache der sozialdemokratischen Partei sei. Ein Antrag, der dahin ging, von einer Versammlung der Gewerkschaften Abstand zu nehmen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und beschlossen, es bei den getroffenen Veranstaltungen zu belassen. — Die Abrechnung vom 1. Quartal 1915 ergab eine Einnahme aus Mitgliedsbeiträgen in Höhe von 875,92 Mark, während die Ausgaben sich auf 1687,43 Mark beliefen. Womit ist ein Defizit von 811,51 Mark für das 1. Quartal 1915 zu verzeichnen. Der Grund für diesen Anfall ist wesentlich darin zu suchen, daß weit über die Hälfte der dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder unter den Rahmen stehen und die Zurückgebliebenen durch Arbeitslosigkeit und Verteuerung aller Lebensbedürfnisse mit ihren Beiträgen in den Rückstand kommen. Die schlechten Kassenverhältnisse veranlassen auch den hiesigen Kartellvorstand, die seither an die Kartelle der umliegenden Orte abgegebenen Jahresbeiträge einzustellen, ohne deshalb die Unterstützung der dortigen Genossen abzulehnen. In der Sitzung wurde das Verhalten des Wiesbadener Kartells scharf gerügt, um so mehr, weil durch den in der „Volksstimme“ veröffentlichten Bericht der Glaube erweckt werden kann, als lehnte das hiesige Kartell aus Unwilligkeit die Weiterzahlung des Jahresbeitrages von 150 Mark ab. In Wirklichkeit sind die Beiträge von den in Wiesbaden wohnenden Gewerkschaftsmitgliedern so gering, daß diese in keinem Verhältnis zu dem Jahresbeitrag stehen, was früher allerdings der Fall war. — Angeregt wurde, das Kartell solle sich an den Magistrat wenden, damit für das Arbeitersekretariat und die Zentralbibliothek, ähnlich wie in Frankfurt a. M., eine Subvention gegeben wird. — Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlassung erteilt. — Für den Verwaltungsrat der „Volksfürsorge“ wurde an Stelle des Genossen R. Eitner, der verzogen ist, Genosse Adolf Solzhäuser gewählt. — Nach intensiven Ausführungen der Genossen Böse und Müller über das Thema: „Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsvermittlung“ wurde die Sitzung geschlossen.

Die Internationale Schlafwagen-Gesellschaft. Der preussische Eisenbahnbefehl hat zum 1. Mai d. J. alle Verträge mit der Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft gekündigt. Im Frieden liefen von dieser Gesellschaft 45 Speisewagen und 22 Schlafwagen auf deutschen Bahnen. Auch mit dem deutschen Reichsbahn sind die Verträge gekündigt worden. Die eingekündigten Schlafwagen werden für die Berechnung noch ausstehender Einnahmen.

Der „Waisenfreund“, Wohltätigkeitsverein für Waisenspflege, der als Verband Hessen-Kassau der Deutschen Reichsfürsorge in Wiesbaden angegliedert ist, hielt gestern seine 25. Hauptversammlung. Dem die Geschäftsjahre 1913 und 1914 behandelnden Jahresbericht ist eine von Justizrat Dr. Deuböcker verfasste, „Unsere Aufgabe“ betitelte Abhandlung vorgelesen, in welcher der Verfasser zunächst darauf hinweist, daß der zur Linderung der Waisennot gegründete Verein durch 20jährige Geldablieferung im Gesamtbeitrage von 35 000 Mark an die Reichsfürsorge sich zwar stets als deren Mitarbeiter betätigt, aber auch stets die Selbstständigkeit des Vereins im Rechtsinn und in der tatsächlichen Betätigung betont habe. Das Ziel, das sich der Verein gesetzt hat, bezwecke nicht nur die Waisenspflege im engeren Sinne, vielmehr wolle er ergänzend die eingetragenen, so staatliche, kommunale oder private Fürsorge bedürftigen und schulpflichtigen Kindern gegenüber zögere oder ganz verweigere. Auf den Grenzgebieten, auf denen Armenhilfe, Fürsorgeerziehung und Waisenspflege zusammenströmen, solle das Hauptfeld der Betätigung liegen. Diesen Zweck soll das in Wingen i. T. projektierte Waisen- und Kinderheim dienen, wofür bereits in Postkapital von etwa 100 000 Mark vorhanden ist.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Wochen i. T. 27. April. (Kartoffelbörsenpreise.) Eine an und für sich recht hübsche Maßregel sollte der Land-

rat des Unterraumkreises mit dem Kartoffelbörsenpreis von 4.80 Mark der Rentner durch. Auch stellte er das Enteignungsverfahren in Aussicht, wenn es an Kartoffeln fehle. Das darf nicht ausbleiben, wenn dem tatsächlichen Kartoffelmangel abgeholfen werden soll. Zu den festgesetzten Preisen gibt niemand Kartoffeln ab. Immer wieder wird gesagt, daß die armen Rentner doch auch leben müssen, und für Futterartikel reiche das Geld nicht. (Der Börsenpreis) wurde für den 4 Pfund-Pack auf 60 Pfennig festgesetzt.

Wochen i. T. 27. April. (Schöffengericht.) Nicht weniger als 28 Fälle wegen Verletzung des Verbots von Verfüllern von Korn oder Hafer standen heute zur Aburteilung vor dem hiesigen Schöffengericht. Alle Angeklagten wurden schuldig erklärt und mit 6 bis 15 Mark Geldstrafe bestraft.

Aus den umliegenden Kreisen.

Hannau, 29. April. (Jahresbericht des Arbeitersekretariats.) Im Gewerkschaftskartell erstattete Genosse Koch den Bericht des Arbeitersekretariats im Kriegsjahr 1914. Auch das Hannauer Arbeiterinstitut hat sich während des furchtbaren Völkermordens in segensreicher Weise betätigt. Insbesondere hat es den Frauen der Kriegsteilnehmer im Stadt- und Landkreis Hannau, den Kreisen Bidingen, Gelnhausen, Schlüßtern, Fulda und dem Offenbacher Landkreis bei ihren Unterstützungsforderungen hilfreich zur Seite gestanden. Im Anspruch wurde das Sekretariat im Berichtsjahr von insgesamt 2894 Personen angenommen. Davon entfielen 1710 auf Hannau und 1184 auf die obengenannten Kreise. Von den 2894 erteilten Auskünften wurden 2811 mündlich und 83 schriftlich erteilt. Schriftliche wurden 345 angefertigt. Von diesen kommen auf die Arbeiterversicherung 193, Arbeits- und Dienstvertrag 5, bürgerliches Recht 7, Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer 100 und sonstige Sachen 34. Von den erteilten Auskünften entfielen auf die Arbeiterversicherung 760, Arbeits- und Dienstvertrag 365, bürgerliches Recht 304, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 462, Strafrecht 96, Vereins- und Versammlungsrecht 7, Arbeiterbewegung 88, Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer 839, Privatversicherung 9, Handels- und Gewerkschaften 29 und 29 sonstige. Eingehend schildert Genosse Koch die Tätigkeit des Sekretariats mit Beginn des Krieges. In erster Linie waren es die Arbeitslosen und die Kriegerfrauen, die die Hilfe des Sekretariats in Anspruch nahmen. Durch die Schließung der Fabriken gerieten die Arbeiter in eine recht bittere Notlage. Es galt, Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen. Erinnert wurde an die Mainkanalisation, Dunlopfabrik, Pulverfabrik usw. Dem Ausbau der Arbeitslosenfürsorge muß auch nach dem Kriege die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden, insbesondere könnte hier eine Verständigung mit Frankfurt für den ganzen Wirtschaftsbezirk angebahnt werden. Bei den Unterstützungsanträgen der Kriegerfrauen haben eine große Anzahl Gemeinden vollständig verweigert. Sie haben diese Unterstützung mit der Armenunterstützung verquitt und demgemäß gehandelt. Weder kommt noch auf die einzelnen Gebiete der Arbeiterversicherung zu sprechen. Er schloß seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen, mit einem warmen Appell an die Gewerkschaftsmitglieder, in dieser schweren Zeit auf dem Boden zu bleiben und treu zur Gewerkschaft zu stehen. Anschließend an den Bericht gab Genosse Böse den Jahresbericht des Kartells. Die Einnahmen und Ausgaben des Kartells schließen ab mit 2067,89 Mark. Die des Arbeitersekretariats mit 3765,08 Mark. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kartellvorstand einstimmig Entlassung erteilt. In zustimmendem Sinne äußerten sich zu der Berichtserstattung in der Debatte die Genossen B. Hoffmann, Nean Hoffmann, Christner und Stahl. Der Kartellvorstand und die Revisoren wurden durch Applausation einstimmig wiedergewählt.

Hannau, 29. April. (Die Naturfreunde) veranstalteten am Sonntag den 2. Mai eine Familienwanderung nach Wachenbuchen, Hühnerberg, Rischhofseim. Abmarsch Ringelstraße 3/1 Uhr.

r. Langenbach, 27. April. (Ein Veteran unserer örtlichen Parteibewegung) ist uns heute durch den Tod entzogen worden. Genosse Johannes Schmidt, Maurer, ist im Alter von 81 Jahren, an Altersschwäche gestorben. Er gehörte seit den hiesigen Jahren zur Partei. Während des Sozialkriegerkrieges war er einer der eifrigsten und treuesten Genossen. Im Jahre 1890 wurde er von der Partei in den Bürgerausschuß der Gemeinde gewählt, dem er auch ununterbrochen angehörte, bis diese Einrichtung durch die hiesigen-nassauischen Gemeindeverordnung im Jahre 1898 aufgelöst wurde. Den Gang der politischen und wirtschaftlichen Ereignisse verfolgte er bis in die letzten Tage seines Lebens von Tag zu Tag. Er war eifriger Leser unserer Parteiliteratur und fehlte auch als hochbetragter Greis fast in keiner Parteiversammlung. In jeder Beziehung war der Heimgegangene der jungen Generation ein Vorbild. Ihm seinem Andenken!

Mittelhagen, 29. April. Bei der gestern stattgefundenen Bürgermeisterwahl erhielt Beigeordneter Waisch 5 Stimmen und Landwirt Köppler 4 Stimmen. Die Sozialdemokraten gaben weiße Zettel ab (2). Beigeordneter Waisch ist somit zum Bürgermeister gewählt.

Offenbach, 28. April. (Durch unglücklichen Verstoß) das Leben eingebüßt hat der auf der Mühlheimer Schraubenindustrie beschäftigte Arbeiter Hermann Schneider von hier. Er erlitt am Montagabend im Betrieb eine Verletzung, bezog sich aber trotzdem in sein Logis, ohne faderwundige Hilfe anzurufen. Das kostete ihm sein Leben, denn er verblutete sich. Wie jetzt festgestellt worden ist, war die Schlagader verletzt.

Neu-Isenburg, 28. April. (Jugendliche Fahrraddiebe.) Vor dem Offenbacher Jugendgericht standen gestern drei Jungen von hier, weil sie im September, Oktober und November vorigen Jahres in Frankfurt auf der Schwärzer Straße mehrere Räderdiebstähle begangen hätten. Der Anklagewahl schloß sich auf die Abschreckungstheorie und beantragte gegen den Haupttäter und Verführer der beiden anderen, einen 13 Jahre alten Schüler, für jeden Fall einen Monat Gefängnis, gegen die anderen gerichtlichen Verweis. Das Gericht erkannte gegen den Verführer auf 6 Wochen Gefängnis und wird die Zwangsbehandlung gegen ihn veranlassen; gegen einen der anderen wegen Schleicherei auf gerichtlichen Verweis, der dritte wurde freigesprochen. — Daß der zu Gefängnis verurteilte Knabe zum Dieb wurde, kommt nicht von ungefähr. Seine Mutter ist tot, sein Vater kammert sich nicht um ihn und seiner alten Großmutter liegt die Erziehung ob. Elternliebe, die Sonne des Lebens, hat der Junge wohl nie gekannt. Diese kann ihm der

staatlich bestellte Erzieher in der Anstalt nicht ersetzen. Und daher begreiflich, daß sich der vom Anklagevertreter von der Zwangs-erziehung erhoffte Erfolg einstellen wird.

Aus Frankfurt a. M.

Die Frankfurter Genossen zur Kriegsbudgetbewilligung.

th. Als in der letzten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins der Frankfurter Abgeordnete Dr. Quard über die Kriegsbudgetbewilligung im Reichstag und die Budgetbewilligung referierte, wurde von allen Seiten der Wunsch lebhaft unterstützt, namentlich, nachdem man einen Vertreter der Mehrheit gehört hatte, in Frankfurt auch die Mehrheit der Fraktion zum Worte kommen zu lassen. Auch über die Person des Redners wurde sich die Versammlung sofort einig: der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Abg. Haase (Berlin), der zur Mehrheit gehört, sollte diese Aufgabe übernehmen. Genosse Haase sagte auch zu und der hiesige Parteivorstand, in der richtigen Erkenntnis, daß diese Versammlung lebhaftes Interesse erwecken würde, hatte den großen Saal der Börse als Versammlungslokal gewählt. Diese Vorrichtung war sehr klug, denn der Saal war buchstäblich überfüllt.

Von den circa 1 1/2 stündigen Ausführungen, die die Versammlung mit großem Interesse verfolgte, können wir naturgemäß nur einen sehr zusammengefaßten Bericht bringen: es mußte manche Mühe bleiben, wie wir ja auch das Referat Dr. Quards in Nr. 89 der „Volksstimme“ nur stark gekürzt wiedergegeben haben.

Genosse Haase führte ungefähr folgendes aus:

Dreimal hat seit Kriegsausbruch der Deutsche Reichstag getagt! Wenn es nach der Regierung gegangen wäre, wäre die Tagung sehr kurz gewesen; die Regierung wollte nur kurze Erklärungen abgeben, dann sollte Schlus gemacht werden. Dagegen wendeten wir uns entschieden — wir waren das den Genossen schuldig. Die dritte Tagung war die bedeutungsvollste. Sieben Monate hat der Krieg schon gedauert, die Schreden desselben sind schlimmer als die des dreißigjährigen Krieges. Wie könnte diesem Verschönerungswort ein Ende gemacht werden? Feuerung und Not ist im Lande, dazu kommt die Unfähigkeit der Regierung, hier regeln einzugreifen. Schon Anfang August hat unsere Partei bestimmt: Vorschläge gemacht, jeder Regierungsschritt war verpöndelt. Als Oppositionspartei konnten wir nicht passiv bleiben, wir mußten ihr die Wahrheit sagen. Dazu kam die Frage, ob der Krieg den früheren Charakter behaltend hat. Er soll ein Verteidigungskrieg sein, aber schon seit dem 1. August ist die bürgerliche Welt darauf aus, den Krieg mit Eroberungen zu schließen. Ich erinnere an diese Reden verschiedener Reichstagsmitglieder; auch die „Frankfurter Zeitung“ hat in diesem Sinne Klipp und Klar dafür plädiert; nur die Zeit scheint ihr für ihre Pläne noch zu früh, daß wir Sozialdemokraten gegen jede Annexion sind, hat sie vergessen. In der Fraktion haben wir uns alle gegen jede Annexion gewandt. In der letzten Tagung lagen Petitionen vom Deutschen Reichertum, dem Kampfbund, dem Bund der Industriellen u. a. vor, in denen geradezu Annexionen verlangt wurden, mit einem ausgeprägten Zukunftsprogramm. Da mußte die Fraktion prüfen: Ist das noch ein Verteidigungskrieg? (Beifall.) Bei dieser Prüfung mußte sie sich auf verschiedene bestimmen. Ich stand auf dem Boden, überkaufte keine Kredite zu bewilligen. (Beifall.) Unser Programm, daß wir das Vaterland nicht ohne Schutz lassen wollen, hat mit dieser Frage gar nichts zu tun. Welches hat sich 1870 mit Vorkriegs der Stimme enthalten, trotz seiner wiederholt betonten Liebe zum Vaterland; er hat nach am Ende seines Lebens erklärt, er habe damals richtig gehandelt. Schon nach dem 2. September gab es 1870 nur noch eine Meinung in der Partei — heute liegen die Dinge ähnlich. Warum haben wir dafür gestimmt? Mit diesem Ernst und Gewissenhaftigkeit ist die Frage geprüft worden. Für uns kommt es darauf an: Ist der Weg richtig? Nicht auf alles kann ich eingehen. Wir haben mit aller Macht gegen den Ausbruch des Krieges gekämpft, aber das internationale Proletariat war zu schwach, ihn zu verhindern. Nun sagt man, nachdem der Krieg ausgebrochen, mußten wir zur Regierung stehen. Ist das immer richtig? Kann jeder Krieg, der etwa von Anfang an auf Eroberungszwecke abging, unterstützt werden? Nein. Ruß, wenn der Gegner härter ist als die Regierung anfangs dachte und sich zur Wehr setzt, dann das Volk sich auch um die Regierung scharen? Nein! Wir müssen also den Charakter jedes Krieges prüfen. In diesem Krieg handelt es sich nicht um eine Art Katastrophe. Ohne menschlichen Willen und Einsatz geht es einfach nicht ab. Binnen 48 Stunden war bei uns manches Gedächtnis verloschen. Beim österreichischen Ultimatum schrieben 82 Parteileitungen: „Das ist ein Streich, der zum Krieg herausfordert“. Das schrieb sogar die „Frankfurter Zeitung“. Aber das Gedächtnis unserer Genossen ist auch später nicht besser geworden. Am 4. Dezember hat der frühere italienische Ministerpräsident Giolitti mitgeteilt, daß schon ein Jahr vorher Österreich an Italien herangerufen war mit der Mitteilung, es beabsichtige einen kriegerischen Angriff auf Serbien. (Hört! Hört!) Der Streich gegen Serbien ist also vorbereitet gewesen, der Nord war nur ein letzter Anlauf. Als Italien abknickte, hat Österreich erklärt: „Wir können nicht ja dem Krieg den Charakter einer Defensiv geben“. Für uns entsteht die Frage: Wie hat sich Deutschland verhalten? Sehen wir uns das Weisbuch an. Auf Seite 2 erklärt die deutsche Regierung, daß sie die österreichische Haltung billigt, und daß man auch das Vorgehen Russlands voraussehen habe. Den Weltkrieg hat die deutsche Regierung freilich nicht gewollt. Aber sie hat ihn in Kauf genommen! Durften wir da mitmachen? Die Bewilligung unsererseits war der Regierung wichtig! Dazu brauchte sie die parole: „Gegen den Sozialismus“. In der dritten Kriegswoge hat einmal ein hoher Reichsbeamter gesagt: „Gegen den Sozialismus“ ist doch eine gute Parole! Und er schloß merkwürdig dabei. (Heiterkeit.) Deutschland hätte auch ohne Russlands Angriff Anteil am Kriege genommen. In den letzten Tagen ist ihr wohl Angst geworden, aber da war es zu spät. Die Russenpolitik hatte eine Argwohnstimmung erzeugt, keiner glaubte mehr dem anderen! Das Vaterland wollten wir nicht im Stich lassen — keinen Waffenstillstand machen, nichts, nichts sollte unternommen werden. Jeder sollte seiner Staatsbürgerpflicht genügen. (Juchas! Ja! Ja!) Ja, daraus ergibt sich aber nicht die Pflicht, Kredite zu bewilligen, das wäre unsere Bankrotterklärung für die bisherige Politik! Wir haben früher alle Kredite abgelehnt, trotzdem sind unsere Söhne Soldaten geworden. Wir folgen auch im Kriege unserer Pflicht, aber im Parlament, wenn ich da mein „Ja“ abgebe, billige ich ihre Politik und dede sie. (Eingestimmter Widerspruch.) Ist nicht ein Widerspruch in unserer Zustimmung gegen früher? Wir haben immer hervorgehoben, daß die Kriegsvorgänge zum Unwetter führen, und als es kam, haben wir die Verantwortung übernommen. Wir haben allerdings in unserer Erklärung die Verantwortung abgelehnt, aber die Tat ist anders ausgefallen. (Juchas! Sie haben die Erklärung abgegeben.) Ich bin dazu gekommen, um die Einheit der Partei zu wahren. (Beifall.) Der Charakter als Eroberungskrieg hat das Gewissen noch mehr erschwert. Nun kam die Stellung zum Budget, in dem nicht 5, sondern 10 Milliarden gefordert wurden. Unsere Haltung ist in Nürnberg festgelegt worden. Das ein Ausnahmefall im Sinne der Nürnberger Resolution vor? Hatte die Regierung etwa in den sieben Monaten gelernt, für

unsere Opfer auch Freiheit zu bringen? Als man in Russland Versprechungen machte für die Zukunft, hat man bei uns darüber geschwiegen: warum tut ihr es nicht gleich, wurde gefragt! Hat die deutsche Regierung nun etwas anderes getan? Weismann und Desbrüd haben Versprechungen gemacht, aber Minister sind wie Blumen im Wind. (Heiterkeit.) Was ist uns versprochen? Unverbindliche Redensarten, weiter nichts; ja man sprach davon, daß es gar keine Ausnahmegehalte gäbe! Das Gewerkschaftsgesetz hat es uns versprochen, wie es aber aussehen wird, davon bekommen wir schon eine Ahnung. Unsere Parteipresse hat oft eine Haltung eingenommen, die geradezu überaschte. Redner belegte das mit einigen Beispielen. Wichtiger ist mir noch die Tatsache, daß unsere Partei eine Aktivität enthalten muß, wie sie der Situation entspricht. Das „Durchhalten“ ist falsch verstanden und im Ausland gegen uns ausgelegt worden. Was heißt Durchhalten? Bis jeder Mann und jedes Weib ist? Sozialdemokraten haben gesagt: Durchhalten, bis die Feinde besiegt sind! Wenn wir das sagen, kommen wir nie zu Friedensverhandlungen. (Zuruf: Sagen Sie es den französischen Genossen.) Ich beurteile ihre Haltung ebenso scharf. (Beifall.) Aber wir deutschen Sozialdemokraten müssen an uns den gleichen Maßstab anlegen. (Beifall.) Wie, wenn kein Volk besiegt wird? Es wird vielleicht so kommen, daß kein Volk entscheidend siegt. (Zuruf: Das wäre das Beste.) Ja, warum dann aber warten? (Zuruf: Machen Sie doch Frieden!) Jeder Tag bedeutet unnützes Blutvergießen. Was soll geschehen? Ich bedaure, daß die Partei sich festgelegt und dadurch ihren Einfluß ausgeschaltet hat. Man glaubt freilich, wir würden Vorteile erreichen. Aber gewisse Einflüsse imperialistischer Gruppen werden größer sein. Die Theorie, erst einzugreifen, wenn es zu spät ist, lehnen wir ab. Alle Vorfälle aus den Schützengräben fragen, wo bleibt der Friede, wo bleibt die Sozialdemokratie? Was könnte geschehen? Friedliche Demonstrationen könnten nichts schaden! Wir müssen unsere Stimme in die Wagschale werfen. Ueber die englischen Genossen freuen wir uns, wenn sie für den Frieden eintreten, bei den Deutschen hört man nichts davon, da wird immer vom Annettieren geredet. Abwarten, abwarten heißt es. Wenn Herr Baasche neulich so aufreizend geredet hat, müssen wir uns dagegen wenden. Wir können nichts mitmachen, was auf ein verhängnisvolles Ausmaß hindeutet, wir müssen Anstoß nach Westen suchen! Ich glaube, daß die Partei klar sein, daß sie sich zusammenstellen muß, um Einfluß auf die Ereignisse zu haben. Denken Sie an die Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gegenüber England. Wir können heute ruhig Frieden anbieten und dürfen keine Friedensbände zurückweisen. Wir müssen die Seite stärken, die einen vernünftigen Abschluß befürwortet. Dann tritt für uns Arbeit! Denken Sie nur an Kirdorf u. a. Diese Kämpfe können nur erfolgreich sein, wenn wir ungebrochen zusammenhalten, alle Ansichten achten und zusammenfassen im Sinne unserer großen Aufgabensätze. Stehen wir geschlossen auch unter dem Donner der Kanonen! Sorgen wir für den Kampf gegen den Kapitalismus und für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft! (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

In der Diskussion erhält zunächst das Wort: Frau Ennenbach. Sie begrüßt es, daß von beiden Seiten die wichtigsten Fragen beleuchtet worden sind. Ich habe nur den einen Wunsch, daß von allen Rednern nur das Gesamtwohl der Partei im Auge behalten wird. Ueber den Streitfragen steht die Frage: Wie kann dem Kriege ein Ende gemacht werden? Die Frauen haben daran ein besonderes Interesse. Sie müssen die Pioniere des Friedens sein. Unsere Wünsche nach Frieden können nicht als Schwäche angesehen werden, denn unsere militärische Macht ist bis jetzt reichlich gewesen. Im Auftrag einiger sozialdemokratischen Frauen Frankfurts bringt sie eine Resolution ein, die an den Parteivorstand in Berlin weitergegeben werden soll und in der gefordert wird, alsbald in eine Agitation für den Frieden einzutreten. (Starker Beifall.)

Genosse Sembol hat drei Monate in russischer Gefangenschaft gelebt. Er erklärt, daß die russische Sozialdemokratie gegen den Krieg protestiert und demonstriert hat. Die russischen Sozialdemokraten haben auf die deutschen Sozialdemokraten geblickt und erwartet, daß auch sie protestieren würden; das ist nicht geschehen, und daran ist der Internationalismus zerfallen. (Beifall.)

Genosse Willborn findet einen Widerspruch zwischen der Haltung der deutschen Sozialdemokratie vor und nach dem Kriege. Er ist der Ansicht, daß die Reichstagsfraktion gegen die Kriegskredite hätte stimmen sollen. Denn nach seiner Ansicht wird es nach dem Kriege für das Proletariat nicht besser, sondern schlimmer.

Genosse Brenneke ist mit Gaafe einverstanden, daß das Proletariat nicht stark genug war, um diesen Krieg zu verhindern. Es waren imperialistische Gründe, die zum Krieg geführt haben. Aber an diesen Wirtschaftsfaktoren ist auch das Proletariat interessiert, und deshalb war es notwendig, das Vaterland zu verteidigen. In Konsequenz dieses Standpunktes mußte die Fraktion für die Kredite stimmen. Unsere Fraktion hat am 4. August recht gehandelt, indem sie der Stimmung der Masse Rechnung trug. (Widerspruch.) Wo haben sich denn die Massen gegen den Krieg geäußert? Auch in der Zustimmung zum Budget findet er keine großen Fehler; sie war nur die Konsequenz für die Bewilligung der Kredite. Daß die Fraktion keine Sicherung für die Bewilligung der Ausnahmestimmungen verlangte, war richtig; denn dann hätten die ausländischen Genossen mit Recht sagen können: Ihr habt mit der Regierung geschworen. Mit der eingebrachten Resolution der Frau Ennenbach ist Redner einverstanden. Im übrigen ist er der Meinung, daß die Reichstagsfraktion am 4. August und auch später recht gehandelt hat.

Genosse Dikmann: Die Frage der Kreditbewilligung und des Budgets dürfen wir nicht losgelöst betrachten, sondern im Zusammenhang mit den Entscheidungen der letzten Monate. Nicht in den Worten, sondern in den Handlungen liegt die Bedeutung der Abstimmungen vom 4. August, 2. Dezember und 10. März. Was hat man nach dem 4. August nicht alles auf Grund der Fraktionsentscheidung getan? Fast unsere ganzen Grundstücke sind von einzelnen Sozialdemokraten preisgegeben worden. Wenn man jetzt manchen Genossen hört, dann fragt man sich: wie ist das möglich? Denn diese dieser Genossen haben vor dem Kriege anders gesprochen. (Zuruf: Sehr richtig!) Nach der Friedenskonferenz in Basel herrschte Einigkeit über die Bedeutung und Grundsätze der Internationalität. Es gibt keine Internationalität, die nur in Friedenszeiten den Krieg verurteilt, in Kriegszeiten aber der nationalen Verteidigungspolitik das Wort redet. Es kann gar nicht bestritten werden, daß wir unsere Grundstücke in diesem Kriege in vielen Fällen preisgegeben haben. Der Redner sucht das an einigen Beispielen darzutun. Er schließt mit der Bitte, die Resolution der Frau Ennenbach anzunehmen. (Anhaltender Beifall.)

Genosse Dr. Nordt begründet die Haltung der Mehrheit der Reichstagsfraktion. Es ist von Verrat usw. gesprochen worden. Genosse Gaafe hat das nicht getan; aber er ist hierher gekommen und hat eine Anklage gegen mich und die Mehrheit der Fraktion gehalten. Das ist ein ungesunder Zustand. (Beifall und Widerspruch.) Genosse Gaafe hat sich berufen auf bürgerliche Politiker, die die Haltung der Sozialdemokratie nicht begreifen. Er hätte ihnen sagen sollen, daß sie doch selbst vorgehen sollten. Der Kern der kritischen Frage ist, daß dieser Krieg nichts ist als ein Zusammenstoß großer Kräfte. Davon hat sich die Mehrheit leiten lassen und die Kredite bewilligt. Es dreht sich nicht um ethische und moralische Fragen, sondern um große wirtschaftliche Interessen. Und diese wirtschaftlichen Interessen berühren auch die Arbeiterschaft. Deutschland hat sich wirtschaftlich mehr und mehr entwickelt, es hat deshalb den Reich Englands erreicht, das Deutschland wirtschaftlich isolieren und schwächen will. Aus diesem Grunde müssen wir unser Vaterland verteidigen. (Widerspruch.) Jedoch, ich betone, wir haben ein Vaterland zu verteidigen. (Beifall.) In Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft haben wir die Kredite bewilligt, und ich bin auch bereit, diesen Standpunkt jederzeit zu verteidigen. Wir haben dabei nichts preisgegeben. Wir haben die heimlichen Interessen verteidigt in der Absicht, damit dem Vater-

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Gotth. Schneider, Hüttenarb., Nordeck (Marb.)
gefallen am 26. September in Frankreich

Wilh. Steig, Fabrikarb., Nordeck (Marburg)
gefallen am 18. November in Russland

Frantz Hawlichek, Frankfurt-Nordost I
an Typhus gestorben, am 10. März im Lazarett in Retina (Ungarn)

Andreas Schickedanz, Frankfurt-Niederrad
gefallen am 6. April im Friesenwald (Frankreich)

Wilh. Koll, Maurer, Niederkalbach (Sulda)
gefallen am 6. April in Frankreich

Otto Hübner, Frankfurt-Nordost I
gefallen bei Kratowo (Russland)

Georg Schultheis, Gertenbach
gestorben an seinen in Russland erhaltenen Wunden am 24. April

lande einen Dienst zu erweisen und unsere Interessen für die Zukunft zu wahren, und einen größeren Einfluß zu sichern. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Dr. Singheimer: Genosse Gaafe hat darauf hingewiesen, daß wir uns in einer ernsten Situation befinden. Er hat versucht, die Stellung der Minderheit mit einem gewissen Realismus zu umgeben. Er hat sich auf Bebel berufen, der 1870 gegen die Kredite gestimmt habe. Aber Marx hat sich damals gegen Bebel und Liebknecht ausgesprochen. Marx hat damals von der unbegrifflichen Prinzipienreiterei des Wilhelm gesprochen. Die historische Entwicklung, die Gaafe gegeben hat, ist nicht vollständig. Dann hat Gaafe behauptet: Des Ultimatum Österreichs an Serbien sei der Anlaß zum Krieg. Er übersieht das Bündnis Serbiens mit Russland und das Ziel Russlands: die Eroberung Konstantinopels. Deshalb verstehe ich die Logik Gaafes nicht, denn sie macht halt vor den Absichten Russlands. Und deshalb behaupte ich: es standen für uns andere, wichtige Interessen auf dem Spiel, auch für die Arbeiterschaft. (Beifall.)

Da noch viele Redner eingeschrieben sind und die Zeit schon vorgeschritten ist, wird zunächst Genosse Gaafe das Schlusswort gegeben: Er bedauert den Angriff Quards gegen ihn. Quard habe selbst dafür plädiert, daß er hier erscheine. Die ökonomischen Gegenstände sind seit langem bekannt. Ich wundere mich, daß Quard erst jetzt entdeckt haben will, was England vor hatte. Das war bekannt, und trotzdem hat er mit uns die bisherige auswärtige Politik der deutschen Regierung bekämpft. Wir ist aber auch bekannt, daß Ende Juli 1914 England mit Deutschland sich in wichtigen kolonialen Fragen einigen wollte. Gaafe geht dann auf die Einwände der Genossen Quard und Singheimer ein und erklärt, daß sie von falschen Voraussetzungen ausgehen. Auch die Schlussfolgerungen des Redners werden von der Versammlung mit lebhafter Zustimmung angenommen.

Inzwischen war es 12 Uhr geworden, und es mußte Schluss gemacht werden. Frau Ennenbach wünschte noch Abstimmung über ihre Resolution; das lehnte der Vorstand ab, da die Versammlung eine Fortsetzung finden soll. Darob kam es zu ernstem Auseinandergehen.

Des Mörders Geständnis. Die schauerliche Mordtat an der Katharina Oberst, deren Leiche bekanntlich vor zwei Wochen zerstückelt bei Hirschheim aus dem Main gezogen wurde, hat gestern in den Nachmittagsstunden ihre Aufklärung gefunden. Der der Tat verdächtige Monsieur Franz Adolf Bauer, der sogenannte „Kleine Herr“, legte vor dem Untersuchungsrichter ein offenes Geständnis ab. Wenn er auch zunächst leugnete, mit der Tat irgend etwas zu tun gehabt zu haben, so mußte er sich doch schließlich unter dem Druck des Verweismaterials, das gegen ihn sprach, zu einem umfassenden Geständnis bequemen, zumal auch verschiedene Zeugen ihn bestimmt als den „kleinen schwarzen Herrn“ wieder erkannten. Bauer will die Tat in der Erregtheit vollführt haben. Auch die Zerstückelung der Leiche gibt er zu, ebenso daß er der Oberst eine größere Geldsumme abgenommen habe. Ob bei dem Morde noch weitere Personen beteiligt waren, konnte die Untersuchung noch nicht feststellen. Bauer verkehrte mit dem Mädchen seit April 1914.

Verbotene Vorträge. Eine von der Theosophischen Gesellschaft veranfaltete Vortragsreihe wurde für sämtliche Militärpersonen verboten.

Abides-Brunnen im Ostpark. In der letzten Stadtverordneten-Versammlung teilte Stadtverordneter Hené mit, daß der Ostendverein im Ostpark, dessen Schöpfer der verlebte Oberbürgermeister Abides ist, einen Abides-Brunnen errichten werde.

Gerihtsfaal.

Frankfurter Straßammer.

Die betrügerische Massene. In niederträchtigster Weise hat die Massene Anna Müller, geb. Dunkel, zwei Schweftern ausgebeutet. Die Mädchen wandten sich wiederholt an sie, wenn etwas nicht stimmen wollte, und Frau Müller schwindelte ihnen jedesmal vor, sie seien in der Hoffnung, und hängte ihnen für schmerz Geld Mittel zur Beseitigung auf. Das Gericht erkannte wegen Betrugs auf ein Jahr Gefängnis.

Feldpost.

Zurückgekommen ist: Weismann Wilh. Scherer, Ausleiter Alth.

Braun. Die Zeitung ist deshalb nicht weiter gesandt worden, weil sie auf zweimaliges Mahnen hin keinen Ton haben hören lassen. Wir schicken die Zeitung jetzt wieder.

Schickedanz, 80/8. Im Anfang haben wir auch nur einen Monat geschickt, dann zurückgezogen. Da stellte sich aber heraus, daß oft nur durch Regelmäßigkeit die regelmäßige Zusendung um Wochen unterbrochen wurde. Jetzt schicken wir so lange bis ausdrücklich abbestellt wird, um unseren Freunden im Feld unnötigen Besser zu sparen. An Gegenleistung haben Sie nur 70 Pfennig monatlich zu senden.

Neues aus aller Welt.

Russisches. Die Berl. „Nat.-Ztg.“ schreibt: In Tiflis unterschlug der Direktor der Reichsbankstelle den Betrag von 100 000 Rubeln und flüchtete mit seiner Geliebten über die persische Grenze. Er genoss ganz besonderes Vertrauen im russischen Finanzministerium und wurde für eine besondere Mission nach einem verbündeten Staat ausgesendet.

Graufiger Tod. In einer Brauerei in B a u h e n ergab die beim Auspochen eines Fasses der Rührapparat. Die siedende Masse ergoß sich über die Arbeitenden. Zwei Arbeiter wurden getötet und zwei schwer verletzt.

Telegramme.

Dom Untergang des Kreuzers „Léon Gambetta“.

Rom, 29. April. (B. A. Nichtamtlich.) Während die ersten Zeitungsmeldungen angaben, daß während der Torpedierung des „Léon Gambetta“ unsichtbare Wetter und schlechte See geherrscht hätten, wird jetzt nach Erzählungen Geretteter mitgeteilt, daß bei ruhiger See und Vollmond das Wetter sehr richtig war. Aus dem Bericht des „Giornale d'Italia“ geht übrigens hervor, daß unmittelbar nach der Katastrophe an Bord des Kreuzers eine Panik ausgebrochen sein muß, der die Offiziere mit dem Revolver in der Hand zu feuern veranlaßte. Die Matrosen sprangen regellos in die Rettungsboote, von denen offenbar einige infolge Ueberfüllung kenterten.

Japans neue Forderungen.

London, 29. April. (B. A. Nichtamtlich.) Aus Peking wird gemeldet: Der japanische Gesandte überreichte dem Minister des Aeußeren die revidierte Liste von 24 Forderungen, die das Minimum der japanischen Forderungen seien. Die neuen Forderungen sind im wesentlichen dieselben wie früher, mit gewissen Ausnahmen. Die Chinesen sind durch die Revision enttäuscht, da sie nach den Forderungen des japanischen Ministerpräsidenten Okuma gegenüber der Tokioer Presseagentur bedeutendere Abänderungen erwartet hatten.

Wiesbadener Theater.

Residenz-Theater.

Donnerstag, 29. April, 7 Uhr (nochmaliges Gastspiel A. B. Müller): „Rosenmüller und Jule“.
Freitag, 30. April, 8 Uhr (Vollvorstellung): „Der Weidenreißer“.
Samstag, 1. Mai, 7 Uhr (Aufführung): „Waterland“.
Sonntag, 2. Mai, 7 Uhr: „Waterland“.

Königliches Theater.

Donnerstag, 29. April, 7 Uhr: „Carmen“.
Freitag, 30. April, 7 Uhr: „Jedermann“. Hierauf: 5. Symphonie in C-moll von Beethoven.
Samstag, 1. Mai, 7 Uhr: „Abu Hassan“. Hierauf: „Die Jahreszeiten der Liebe“.
Sonntag, 2. Mai, 6½ Uhr: „Tannhäuser“.
Montag, 3. Mai, 7 Uhr: „Die Habsburgerin“.

Bekanntmachung.

Um eine Uebersicht über die Bestände an Rindviehhäuten einschließlich der Kalbfelle und des zur Herstellung von Sohlen geeigneten Leders zu erlangen, ist von dem Herrn Minister des Innern auf Grund der Bekanntmachung über Vorratserhebung vom 2. April 1915 — Reichs-Gesetzblatt Seite 54 — für den 30. April 1915 eine Vorratserhebung angeordnet worden.

Unter Benützung der auf dem Rathaus — Zimmer 21 — erhältlichen Vordrucke ist bis spätestens 3. Mai ds. Js. der am 30. April 1915 vorhandene Vorrat an

1. Salzhäuten;
2. trockenen (und trocken gefalzten) Häuten;
3. Bodenleder (Unterleder) einschließlich der Stanzstücke, sofern die letztere Menge 100 Kilogramm übersteigt, anzumelden.

Zur Anmeldung sind verpflichtet:

- a) bezüglich der Häute die Fleischer, die Innungen und Hautverwertungs-Genossenschaften, Häutehändler, Gerber und alle sonstigen Personen, die Rindviehhäute einschließlich Kalbfelle in ihrem Besitz haben;
- b) bezüglich des Bodenleders alle Gerbereien, Lederhandlungen, Schuhfabriken und alle sonstigen Personen und Firmen, die mehr als 100 Kilogramm besitzen.

Ebenso sind zur Anmeldung verpflichtet Expediteure oder Lagerhalter, bei denen Häute oder Bodenleder eingelagert sind.

Vorräte, die sich am 30. April 1915 auf dem Transport befinden, sind unverzüglich bei Empfang durch den Empfänger unter Benützung des vorgegebenen Formulars auf dem Rathaus — Zimmer 21 — anzumelden.

Von Gerbereien bereits in Verarbeitung genommene Häute werden von dieser Verordnung nicht betroffen.

Wer vorzüglich die Anmeldung nicht bis zum 3. Mai ds. Js., unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geld bis zu 10 000 Mark bestraft. Auch können Vorräte, die verschwiegen sind, im Urteil für dem Staat verfallen erklärt werden.

Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund vorstehender Bekanntmachung verpflichtet ist, nicht bis zum 3. Mai ds. Js. erteilt, unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark oder im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

Wiesbaden, den 28. April 1915.

Der Magistrat.

Hüte, Mützen, Schirme, Pelzwaren.

Grosse Auswahl. Billige Preise.

Karl Sommer, Kürschner.

41 Wehlitzstrasse 41.

Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Die Nonne

Ein Sittenroman aus dem Klosterleben von Denis Diderot

Einer der berühmtesten kulturhistorischen Romane aller Zeiten.

Preis halt M. 2.— nur 40 Pf.

Buchhandlung Volksstimme

Seitdem eine zuverlässige Statistik der Brotpreise in Italien vorliegt, also seit dem Jahre 1801, hat Italien nur zweimal einen höheren Brotpreis als heute gesehen; nämlich 1801 mit 0,59 und 1874 mit 0,58. Die Tendenz der Steigerung ist indessen schon seit 1898 bemerkbar.

Die die steigenden Preise der Nahrungsmittel auf die Mehrzahl der Italiener wirkt, erziehe man aus der folgenden Aufstellung, welche die Ausgaben eines Monats für ein Ehepaar mit drei Kindern berechnet hat:

	Dezember 1914	Januar 1915
Brot	16,80	43,15
Milch	12,00	14,30
Eier	39,00	46,00
Fleisch, Butter, Schmalz usw.	88,00	55,70
Kartoffeln, Gemüse usw.	14,20	27,85

Wenn man Leute, deren Geldbeutel in derart steigender Progression befaßt wird, fragt, daß diese Steigerung der Politik dieses oder jenes Landes zu verdanken ist, kann man sich da wundern, wenn sie denen ihre Sympathien und ihre Stimme leihen, welche sie gegen das verurteilte Land einnehmen wollen? Die Propaganda des Dreiverbandes, die mit außerordentlichen Mitteln betrieben wird — das englische Konsulat in Genoa allein steigerte seine Angestelltenzahl von vier auf hundert! — macht Deutschland für die Teuerung verantwortlich. So etwas, immer wiederholt, wirkt!

Lonsdale.

Berlin, 28. April. (W. B. Nichtamtlich.) Die Angelegenheit gegen den englischen Kriegsgefangenen, Straßenschnitzhauer William Lonsdale, der wegen tätlichen Angriffs gegen einen Borgeführten im Dienst vor verurteiltem Mannschaft und im Felde im Gefangenenlager Döberitz vom Kriegsgericht des inoffiziellen Gardekorps zu zehn Jahren Gefängnis und vom Oberkriegsgericht zum Tode verurteilt worden war, gelangte gestern vor dem ersten Senat des Reichsmilitärgerichts zur Verhandlung. Ein Verteidiger und auch der Angeklagte waren nicht erschienen. Nach längerer Verhandlung verkündete der Verhandlungsführer, Senatpräsident Thielmann, der Gerichtshof sei der Ansicht, daß der Angeklagte der Zuständigkeit der deutschen Militärgerichtsbarkeit in seiner Eigenschaft als Mitglied einer feindlichen Macht unterliegt. Die Prüfung der Schuldfrage entzieht sich der Nachprüfung des Revisionsrichters, da der Angeklagte gegen das erste Urteil keine Berufung und der Gerichtshof nur wegen des Strafmaßes Berufung einlegte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Angeklagte gegen einen Borgeführten im Dienst vor verurteiltem Mannschaft und im Felde schwere Ausschreitungen beging und dadurch die militärische Disziplin in arger Weise verletzte. Das Oberkriegsgericht prüfte objektiv und subjektiv, ob ein milderer Fall vorliegt. Es habe angesichts der Schwere der Ausschreitungen und des Umstandes, daß der Angeklagte mit vollem Bewußtsein gehandelt habe, das Vorliegen eines mildereren Falles verneint, deshalb mußte die Todesstrafe über den Angeklagten verhängt werden. Der Senat verwarf deshalb die Revision des Angeklagten. Der Verhandlung wohnte im amtlichen Auftrage ein Vertreter der amerikanischen Botschaft bei. Das Urteil bedarf zu seiner Vollstreckbarkeit noch der Bestätigung durch den Kaiser.

Lonsdale ist bekanntlich ein englischer Sozialdemokrat, der in seiner Wohngegend das beste Ansehen genießt. Der Schlußsatz des Berichtes drückt, davon sind wir überzeugt, nicht nur eine Formalität aus.

Verurteilter Kriegsschwäger.

Berlin, 28. April. (W. B. Nichtamtlich.) Einer jener Kriegsschwäger, welche die abenteuerlichsten Mitteilungen von Bekannten aus dem Kriegsministerium gehört haben wollen, wurde von der 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin 2 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Es handelt sich um den in Russland geborenen Übersetzer Aurel Borris, welcher an der Retzburger Metropolitankathedrale tätig war und in Amerika das Bürgerrecht erwarb. Der Angeklagte machte bei einer Geburtstagsfeier über die Verichte des Generalstabes abfällige Bemerkungen und stellte u. a. auch die ungeheuerliche Behauptung auf, daß in dem Gefangenenlager von Augsburg 800 Engländer lebendig begraben wurden. Er will dies von einem Offizier aus dem Kriegsministerium gehört haben. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Das Urteil lautete auf eine Woche Gefängnis.

Die einfachste Form des Schrohres ist ein langes feuerfestes Gefäß, das oben und unten mit einem je nach 45 Grad zur Fernrohrachse gestellten Spiegel versehen ist. Die Länge richtet sich nach der gewünschten Leuchtdauer des Bootes. Trotz dieser Länge soll das Gefäß möglichst leicht umzufahren, die Bildqualität bis zum Rand möglichst gut und die Seichtigkeit möglichst groß sein. Dagegen ist die Dicke des Schrohres gering zu bemessen, um den Widerstand für die Fahrtgeschwindigkeit des Bootes klein und das herausragende Ende des Schrohres für den Feind unsichtbar zu gestalten.

Der Kommandant in einem U-Boot soll aber durch sein Versteck nicht nur in der Richtung sehen, in der gefahren wird, sondern die Unsichtbarkeit auch nach allen Seiten sein. Rundblick-Schrohre sind konstruiert worden, die im Prinzip verlängerte Rundblickferrohre sind. Der Eintrittsreflektor wird gedreht, während das Rohr feststeht.

Durch das ununterbrochene Sehen mit einem Auge tritt leicht eine Ermüdung des Beobachters ein, unter der seine für die Sicherheit des Bootes so wichtige Aufmerksamkeit leiden kann. Um das zu vermeiden, wird das Bild ähnlich wie es bei der photographischen Kamera geschieht, auf eine Mattscheibe projiziert. Außerdem hat ein derartiges Mattscheibebesicht noch den Vorteil, daß auch mehrere Beobachter gleichzeitig das Landschaftsbild sehen können. Gicht auch durch den Gebrauch der Mattscheibe viel Licht verloren, so ist dieser Nachteil nicht so groß, weil die Beobachtung im Unterseeboot im stark gedämpften Licht erfolgt.

So haben Mechanik und Optik dem Krieg feinsinnig durchkonstruierte Apparate liefern müssen, um die gesteigerten Zerstörungsmittel der Waffentechnik kunstvoll lenken, dirigieren, beobachten und kontrollieren zu können. Der Kriegsbedarf, die Massenmobilisation, haben die großbetriebliche Entwicklung der optischen Werkstätten und feinnormigen Kleinbetriebe beschleunigen helfen. Eine Industrie ist entstanden, Maschinenbau, Massenproduktion, rationelle und wissenschaftlich durchgeführte Arbeitsorganisation bestimmen auch hier den Betriebscharakter der Produktionswerkstätten.

Polnische Industriearbeiter nach Deutschland?

An die Presse und sehr wahrscheinlich auch an die Unternehmerrorganisationen richtete die Solinger Handelskammer ein Rundschreiben, das ernsteren Beachtung wert ist. Es heißt darin:

„Die Zivilverwaltung für Russisch-Polen teilte durch Rundschreiben den Handelskammern mit, daß dortselbst eine große Zahl von Arbeitern aller Art (vor allem Textilarbeiter, aber auch Bergarbeiter, Arbeiter der Eisenindustrie und ungelernete) ohne Beschäftigung seien. Es wurde ersucht, in Erwägung zu ziehen, ob nicht diese Arbeiter der deutschen Industrie zugeführt werden könnten, um dadurch zugleich auch die Hungersnot und die schwere wirtschaftliche Notlage der arbeitenden Familien in den von uns besetzten Gebieten Russisch-Polens zu mildern.“

Es folgt dann eine patriotisch-ideologische Verbrämung dieses Arbeiterimportvorschlags, der mündigrecht gemacht wird durch die Behauptung, daß es sich um gutes Arbeitermaterial handelt, das im Grunde genommen deutsch sei. Auch im Interesse der deutschen Arbeiter soll dieser Import liegen. Es heißt in dem Schreiben weiter:

„Gerade aber auch im Interesse unserer deutschen Arbeiterschaft, wenn sie vorurteilslos und weitschauend die Frage betrachtet, liegt die Herbeiziehung jener deutschsprachigen guten polnischen Arbeiter, da viele Betriebe infolge der umfangreichen Verengung der männlichen Arbeiterschaft zum Heeresdienst zum Teil eingestellt werden müßten, falls nicht eine gewisse Ausfüllung der dadurch in wichtigen Betrieben oder Betriebsabteilungen entstehenden Lücken erfolgen könnte. Ist erst ein Rückgang aus dem Rückgang des Industriebetriebes herausgekommen, so würde in vielen Fällen die ganze Maschine zum Stillstand gelangen und dadurch viele Hunderte von Arbeitern, namentlich des weiblichen Geschlechts, in der Textilindustrie brotlos werden.“

Natürlich bringt die deutsche Arbeiterschaft den polnischen Proletariats alle Sympathien entgegen. Sie hat sich in Friedenszeiten nie gegen die Zulassung ausländischer Arbeiter gewendet, solange diesen Arbeitern auch die Bewegungsfreiheit der deutschen Arbeiter, besonders die Freizügigkeit und das Vereins- und Versammlungsrecht gelassen wurde. Aber damit haperte es oft sehr; abgesehen vom Sprachunterschieden des Vereinsgesetzes wurde oft unmittelbare Polizeigewalt gegen diese Arbeiter angewendet, sobald sie sich an Lohnbewegungen beteiligten. In der Kriegszeit fände es damit erst recht schlimmer. Die Lodger Arbeiterschaft ist gewiß organisationsfähig und kampfbewußt. Von diesen Eigenschaften könnte sie aber unterm Kriegszustand in Deutschland keinen Gebrauch machen, ohne sich neben dem sofortigen Militärtransport schwersten Strafen aussetzen. Wir kennen das gute Herz der deutschen Industrie zu gut, um nicht zu wissen, daß die russisch-polnischen Arbeiter als Lohnbrüder benutzt werden würden.

Es ist die Pflicht der deutschen Industrie, den im Felde stehenden Arbeitern ihre Arbeitsplätze freizubehalten. Von einem Arbeitermangel kann in Deutschland im allgemeinen keine Rede sein, da die Industrie, soweit sie nicht für Heeresbedarf arbeitet, sehr darnieder liegt und aus diesen Industriezweigen irgendwo fehlende Arbeiter ergänzt werden können.

Uebrigens sollten die deutschen Industriellen keine zu großen Hoffnungen auf die Lodger Arbeiterschaft setzen. Diese Arbeiter sind, das hat sich wiederholt gezeigt, als man ihrer ganze Truppe nach Deutschland brachte, nicht an den rassen Song der Maschinen in deutschen Fabriken gewöhnt und also selten im Produktionsprozeß brauchbar.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Der Reichstagsabgeordnete Genosse Peitots wurde laut „Schwab. Merkur“ aus Straßburg ausgewiesen, er muß während der Dauer des Krieges in Holzminnen (dort befindet sich ein großes Gefangenenlager) Wohnung nehmen. Der „Schwab. Merkur“ berichtet Peitots mit Weile in Verbindung zu bringen. Aus nachfolgenden Gründen müßten wir es uns jetzt versagen, auf die Angelegenheit einzugehen.

Unter Präsenzinspektion gestellt wurde die „Dortmunder Arbeiterzeitung“, weil sie durch Angriffe gegen die Annerkennungspolitik das Verbot der Erörterung der Kriegsziele und den Burgfrieden schwer verletzt habe.

Der „Rizabbe Courant“ meldet aus Rom: Italien und Griechenland haben sich heute an den neuen argentinischen Ueberdreadnought „Moreno“ zu kaufen. Das Anerbieten ist abgewiesen worden.

Nach dem „Avanti“ demonstrierte auf dem Bahnhof von Triest anlässlich eines Umzuges der Studenten eine Abteilung Verfallener für die Neutralität und gegen den Krieg. Die Zahl der Opfer bei der Katastrophe des Panzerkreuzers „Leon Gambetta“ beträgt 742 Mann. Admiral Senet und sämtliche Offiziere des Panzerkreuzers kamen um.

Der Krieg als Arbeitgeber schafft Hochkonjunktur und hat eine gewaltig gesteigerte Nachfrage nach den Fabrikaten dieser Arbeitszweige hervorgerufen.

Das war der Pfarrer Pogorzelski.

In der „Köln. Zeitung“ wird die Erinnerung aufgetischt an einen originellen Pfarrer von Ortelburg, der die große Reihe der geistlichen Summisten würdig fortsetzte. Wir lesen da:

Das freundliche Städtchen Ortelburg, vordem kaum beachtet und genannt, ist durch den Einbruch der Russen nun im ganzen Reich bekannt geworden. Aber sein Name wird gewiß vielen, namentlich Westdeutschen, fremd und ungewohnt ins Ohr geklungen sein. Wer — wenn er nicht in Ostpreußen groß geworden ist — kennt denn eigentlich ostdeutsches Land und den ostdeutschen Menschen? Wer außerhalb West- und Ostpreußens kennt die jähren, bescheiden, fröhlichen, vielleicht ein wenig langsamen Leute, denen aber unbedingte Verlässlichkeit, Hilfsbereitschaft, Gastfreundschaft und oft starke Reigung zum breitem Humor aus den Augen leuchtet! Diese Reigung zum Humor ist es, die Ortelburg im ganzen Osten ein wenig berühmt gemacht hat, und zwar durch den Rektor und Pfarrer Pogorzelski, der Mitte des 18. Jahrhunderts in Ortelburg lebte und allerdings ein eigenartiger Kauz gewesen sein muß. Noch heute gehen von Mund zu Mund allerlei Scherzen und Schwänke aus seinem Leben und namentlich aus seinem Wirken als Dichter und Redner. Er war Pole, des Deutschen nur wenig mächtig, aber ein Mann, der doch über ein für seine Zeit und den damals sehr unbedeutenden Ort seines Wirkens ganz ansehnliches Wissen verfügte haben muß. Denn er fungierte in Ortelburg lange Jahre mit Erfolg als Rektor und verstand es zweifellos, seinen meist sehr drastischen Reden zu allerlei Gelegenheiten des täglichen Lebens einen Ton zu geben, der ihm zu einer großen Volkslieblinglichkeit über die Grenzen seines Ortes hinaus verhalf. Ob diese Reden und poetischen Ergüsse schon zu seinen Lebzeiten auf seine Zeitgenossen und Mitbürger humoristisch wirkten, oder ob sie nur jener Zeit und dem genius loci entsprachen — wer will das beantworten! Aber sie sind nicht mit ihm gestorben: überall im

Aus der Partei.

Bruderzwist in Schweden.

In Schweden stellt der Jugendverband die Organisation der Parteioption dar. Auf seinem Kongreß hat er sich, wie wir berichteten, nicht allein bei gewissen wichtigen Fragen — z. B. bei der Militärfrage und der betr. des Eintritts von Sozialdemokraten in die Regierung — auf einen anderen Standpunkt als der Parteiführung gestellt, sondern sich auch ausdrücklich bereit erklärt, bei der nächsten Reichstagswahl eventuell mit eigenen Kandidaten aufzutreten.

Diese Beschlüsse erweckten großes Aufsehen auch außerhalb der Partei und riefen eine lebhaft Debatte in der Parteipresse hervor, bei der es nicht an Stimmen mangelte, die für die Haltung des Jugendkongresses eintraten. Die prinzipiellen Gegensätze traten bei dieser Debatte so scharf hervor, wie niemals früher; doch wurde allgemein betont, daß die Einheit der Partei bewahrt werden müßte; der taktische und prinzipielle Streit könne innerhalb der Partei lokal durchgeführt werden. Aber kaum war die Debatte abgeschlossen, als ein Ereignis eintrat, wodurch sie, vielleicht noch heftiger als zuvor, wieder aufflammte. Die Fraktion hatte nämlich aus taktischen Gründen beschlossen — natürlich aus Rücksicht auf die in Aussicht genommene Zusammenarbeit mit der liberalen Partei, für welche sich ja auch der Parteikongreß erklärte —, nicht durch die Ablehnung des von der Regierung vorgelegten Militärbudgets gegen die vom alten Reichstag im letzten Sommer angenommene große Militärmorale zu demonstrieren. Der Führer der im Jugendverband organisierten Parteioption, Hebbatze Söglund, der erst seit den letzten Wahlen dem Reichstag angehört, sah diesen Beschluß als für seine Person nicht bindend an, sondern trat bei der Beratung des Militärbudgets dagegen auf und verlangte schriftliche Abstimmung über denselben. Bei dieser Abstimmung 22 Mitglieder gegen den Etat und 19 gaben seine Forderung ab. Diese Haltung eines großen Teiles unserer Fraktionsmitglieder erweckte geradezu Sensation und gab der Diskussion über die inneren Parteiverhältnisse neues Leben.

Natürlich beschäftigte sich auch die Fraktion selbst mit der Angelegenheit, und es soll zu heftigen Zusammenstößen zwischen den beiden Richtungen gekommen sein. Offiziell ist darüber nichts an die Öffentlichkeit gekommen, doch hat Söglunds Organ, „Storn“, einige diskrete Mitteilungen darüber gebracht. Dem „Storn“ wird darüber geschrieben: Die Verhandlungen in der Fraktion gipfeln in dem Beschluß, die Fraktionsmitglieder zu verpflichten, nicht gegen die von der Fraktion beschlossene Haltung im Plenum aufzutreten. Dieser Fraktionsbeschluß wurde mit 74 gegen 23 Stimmen gefaßt. In einem Kommentar zu diesem Beschluß betont Genosse Branting die Bedeutung und absolute Notwendigkeit der Einheit der Partei als Basis für alle Arbeit im Interesse des Proletariats. „Innendisch viel von dem Beständig wachenden Einfluß der Partei muß der in ihr bis dahin herrschenden Disziplin zugeschrieben werden, die es ihr ermöglicht hat — nach ausgeschlossenen inneren Meinungsstürmen —, stets mit geschlossener Front den Gegnern entgegenzutreten.“

Branting betont, die Fraktion wolle weiter nichts durchführen, als was in der deutschen Reichstagsfraktion längst Brauch ist. Sein Abgeordneter soll gezwungen werden, gegen seine Überzeugung zu stimmen; wer die von der Fraktion beschlossene Haltung nicht billigt, soll sich der Abstimmung entziehen. Dagegen merkt Söglund ein, die Fraktion dürfe sich nicht im Gegensatz zum Parteiprogramm befinden, wenn sie verlangt, die Widerstand solle sich fügen. Der Fraktionsbeschluß sei ein verfassungswidriges Maßnahme, mit der Absicht, den programmatischen linken Flügel zum Schweigen zu bringen; aber er sei ein Schlag in die Luft. Söglund könne er abbrechen, ihre Meinung zu sagen, aber nicht Männer, die auf dem Boden des Parteiprogramms ständen.

Parteiausschuss und Parteileitung haben nun nochmals die Dinge erörtert. Mit 17 gegen 18 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt, daß die Parteimitglieder dem freien Willen zur Einheit, welchen die Fraktion durch ihren Beschluß gezeigt habe, ihre volle Anerkennung geben müßten. Die Fraktion könne keine Ausnahme von der Regel machen, die für alle Parteimitglieder notwendig sei und die darin gipfeln, daß die Minorität sich den Beschlüssen der Majorität zu fügen und Rücksicht auf die geschehen Beschlüsse zu nehmen habe.

Leider wird auch dieser Beschluß wirkungslos bleiben. Unter diesen Umständen ist natürlich auch nicht daran zu denken, daß die Partei ihre großen Siege bei den zwei letzten Reichstagswahlen ausbauen kann zum Vorteil der Arbeiter. Die gegenwärtige reaktionäre Regierung wird sich ungehindert im Besitz der Macht erhalten können; Sozialgesetzgebung, größere politische Rechte für die Arbeiter usw. werden natürlich ausbleiben, und die Arbeiter, welche auf die fast gemachte Sozialdemokratie ihre Hoffnung setzten, werden dadurch, daß sich einige „Intellektuelle“, denen Parteidisziplin ein unangenehmer Begriff ist, darüber hinwegsetzen und das ihnen anvertraute Mandat in eigenbrückerischem Interesse benutzen, wieder einmal leer abgeben müssen, diesmal aber durch die Schuld der von ihnen selbst auf den Schild erhobenen Auserkorenen.

Genossen! Agitiert für Euer Blatt!

Osten findet man namentlich unter den älteren Eingeweihten diese Geschichten und Boeme, und wenn auch zuweilen die Person und ihr Name nicht mehr im Gedächtnis haften, daß es sich um den Rektor von Ortelburg handelt, das weiß jeder Erzähler. Berühmt ist seine Trauerrede auf den verstorbenen und sehr beliebten Pfarrer der Stadt, die er mit folgenden Versen einleitete:

O, du mein lieber Ortelburg Gemein!
Ist dich gestorben Pfarrer dein!
Maul zu, was hat gelehrt Gott,
Geschlossen ist das Auge, tot!
Wie schön blüht Ros' an seine Stod!
Springt zu, frech's ab das Ziegenbod!
So fröhlich mit'n im Lebenslauf
Der Tod den selgen Pfarrer auf.
Du liegt er da auf Gottesacker —
Psiu! Tot! Du Rader!

Dann fährt er fort: „Aure, Hammer und Sellen (Glend) sind die drei Windhund menschlichen Lebens, mit was wird Mensch geheret (gehet) und gefaget, wie Asen (Hosen) auf Bartholomäusjaod. Sobald uns Feuerwürmer mütterlichen Leibes an das Welt schmeißt, so lassen wir vor uns hergehen Klagen und Angstriller. Da laufen die Tränen von Dachrinnen unserer Augen wie Buttermilch aus zerplatzter Butterfah und wenn wir sich haben lang genug wie kleines Mausfäßen gewärmt am Feuerherd dieser Erde, kommt zuletzt noch Todt, schmeißt uns ins Kessel des Grabes wie polnische Krebse. Da müssen wir so lange verharren bis wir mer is von uns wie eine Andoll (Sandvoll) Dred!“ Ja, er war ein Philosoph; und zahllos sind seine Betrachtungen über die Banalität des menschlichen Lebens: „Quid est vita humana? Was is sich menschlicher Leben? Menschlicher Leben ist Wind — zu — burt, consumatum est! — Quid est vita humana? Was is sich menschlicher Leben? Menschlicher Leben ist Leerpudel an koschubischer Wagen: geht sich — schlacker di schlacker, schlacker di schlacker — bis sich reißt Schurke: Bumms liegt auf Erde, Ntem quid est vita humana? Was is sich menschlicher Leben? Menschlicher Leben is haupfälliger Strohdach, kommt sich Wind, perdan, fällt um!“

Sterbefälle.

Ausgang aus den Frankfurter Sterberegistern.
 27. April. Helrich, Caroline, geb. Köhler, verh., 50 Jahre, Rohr-
 bachstraße 31.
 27. Eifer, Georg Philipp, Bademeister, verh., 62 J., Lange Straße 4.
 27. Derzbach, Anna Marie, geb. Müller, Witwe, 56 Jahre, Eich-
 waldbachstraße 59.
 27. Wieland, Sophie Maria, 6 Jahre, Bornheimer Landwehr 110.
 27. Wäber, Philipp Heinrich, Invalide, Witwer, 70 J., Feldstr. 78.
 28. Henninger, Josef, Friseur, ledig, 63 Jahre, Richard-
 Wagnerstraße 11.
 28. Groß, Elisabeth, Stickerin, Witwe, 53 Jahre, Braunsstraße 3.
 28. Gutz, Wilhelmine, geb. Rapp, verh., 65 J., Weberstraße 23.

Auf dem Schlachtfeld gefallen:

22. Aug. Rieker, Max Emil, Maler, Musikleiter, verh., 26 Jahre,
 letzte Wohnung Kollbachstraße 57.
 10. Sept. Jost, Johann Peter, Schuhmacher, Ref., ledig, 27 Jahre,
 letzte Wohnung Frankfurter 64.
 16. Stahl, Johann Heinrich, Bahnarbeiter, Ref., ledig, 24 Jahre,
 letzte Wohnung Ludwigstraße 1.
 23. Ort, Georg, Wagner, Kanonier, verh., 29 Jahre, letzte Wohnung
 Kollbachstraße 13.
 2. Nov. Kühn, Heinrich Ernst, Kaufmann, Musikleiter, ledig, 18 J.,
 letzte Wohnung Braunheimer Straße 30.
 4. Hahn, Georg Heinrich, Kaufmann, Bäckereibehälter, ledig, 26 J.,
 letzte Wohnung Bismarckstraße 58.
 16. Klein, Anton Karl, Zeichner, Gef.-Ref., ledig, 25 Jahre, letzte
 Wohnung Gailburgstraße 48.
 18. Febr. Mäke, August, Dachdecker, Wehrmann, ledig, 28 Jahre,
 letzte Wohnung Sandweg 121.
 8. März. Schuchard, Karl Heinrich Ludwig, Ausläufer, Gef.-Ref.,
 verh., 37 Jahre, letzte Wohnung Allersbühlengasse 22.

Spielplan der Frankfurter Theater.
Frankfurter Opernhaus.

Freitag, 30. April: Gleiches. (Musikantenkonzert.)
 Samstag, 1. Mai, 7 Uhr (26. Vorstellung im Samstag-Abonn.):
 „Der Troubadour“. Gen. Pr.
 Sonntag, 2. Mai, 7 Uhr (26. Vorstellung im Sonntag-Abonn.):
 „Carmen“. Gen. Pr.

Frankfurter Schauspielhaus.

Freitag, 30. April, 8 Uhr (Vorstellung für die freie Volkshölle):
 „Roter Lampe“.
 Samstag, 1. Mai, 1/8 Uhr: Drittes Gastspiel des Herrn Karl Wil-
 liam Müller, neu einstudiert: „Der Registrator auf Reisen“.
 Pöffe mit Gefang in drei Akten von H. P. Arronge und G.
 v. Meyer. (Wichtig: Herr Karl William Müller a. G.)
 26. Vorst. im Samstag-Abonn. 1. Pr.
 Sonntag, 2. Mai, 1/4 Uhr: „Als ich noch im Flügelkleide...“
 Auf. Abonn. Befond. erm. Pr. — 1/8 Uhr: Viertes Gastspiel
 des Herrn Karl William Müller: „Der Registrator auf Reisen“.
 (Wichtig: Herr Karl William Müller a. G.) Auf. Abonn.
 1. Pr.

Neues Theater.

Freitag, 30. April, 8 Uhr: „Professor Bernhardt“. Auf. Abonn.
 Volkshölle. Pr.
 Samstag, 1. Mai, 8 Uhr: Punter Abend: „Scharnhöl“. Hierauf:
 Punter Teil. Zum Schluss: „Vere“. Abonn. B. Erm. Pr.

Schumann-Theater
 Nur noch kurze Zeit! Abends 8 Uhr: „Extrablätter“.

**Täglich
 frisch
 la Holländer
 Kopfsalat**

schöne grosse 3 Stück 20 A

Feinstes Olivenöl ... 1.70

für Speisen und Salate.
 Olivenöl ist fettreicher als die meisten an-
 deren Speiseöle und muß daher in kleineren
 Mengen verwandt werden als diese.

**Schade &
 Füllgrabe**

Verkaufsstellen in allen
 Stadtteilen.

Ich helfe Ihnen in dieser schweren Zeit
 im Fortkommen. Sie sparen viel Geld,
 wenn Sie Ihre Einkäufe bei mir machen.

Gelegenheitskäufe. — Partiewaren.
 Alle erdenklichen Artikel weit unter Preis.

23 Reineckstr. 23 „Partiehalle“ 23 Reineckstr. 23

Steph. Niderehe & Sohn
 Marburg a. d. Lahn.

Vorzügliche, wohlbekömmliche
Rauchtabake u. Kautabake

Engros- und Einzel-Verkauf.
Billigste Bezugsquelle
 für garnierte und ungarnierte
Damenhüte
 Blumen, Federn, Putzzutaten.
 Enorme Auswahl! Letzte Neuheiten! Billigste Preise!
Viele Gelegenheitskäufe!
 Kein Kaufzwang!
 Auch nicht bei uns gekaufte Hüte werden modern
 und flott garniert oder tadellos wie neu umfarniert.
Mitteldeutsche Hutfabrik Hertz & Tockus
 Kein Laden! Mainzer Landstrasse 116, Mittelb.
 3 Minuten vom Hauptbahnhof, Linie 11 und 16,
 Haltestelle Ludwigstrasse. 145

Louis Marburg & Söhne
 Zur Reichskrone.
Frankfurt a. M.
 Friedbergerstr. 117-118.



Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Frankfurt a. M.
Todes-Anzeige.
 Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, dass am Sonntag
 unser altes Mitglied
Hermann Kilian
 Schreiner
 im Alter von 65 Jahren verschieden ist. 371
 Ehre seinem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.
 Die Beerdigung findet morgen Freitag, vormittags halb
 9 Uhr, vom Hauptfriedhof aus statt.

Todes-Anzeige.
 Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, dass meine
 innigstgeliebte Frau
Lina Fiebig
 nach längerer Krankheit im Alter von 36 Jahren verstorben ist.
 Um stille Teilnahme bittet
Der trauernde Gatte: Robert Fiebig.
 Frankfurt a. M. (Schwalbacherstrasse 53), den 29. April 1915.
 Die Beerdigung findet Sonntag den 2. Mai 1915, vormittags 9 Uhr, auf dem
 Hauptfriedhof statt. 306

Sozialdemokrat. Verein Bockenheim.
 Samstag den 1. Mai, abends 1/9 Uhr, im „Adler“, Leipziger Straße 53:
General-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Der 1. Mai im Kriegsjahr. Referent: Stadtm.
 Genosse Adler.
 2. Jahresbericht und eventuelle Neuwahl des Vorstandes.
 In dieser wichtigen Versammlung sind alle Mitglieder, insbesondere aber die Frauen der im Felde
 stehenden Genossen freundlich eingeladen. Mitgliedsbuch ist am Eingang vorzulegen.
 Der Vorstand.

**Sozialdemokratische Partei, Gewerkschaftskartell
 Saarbrücken.**
 Samstag den 1. Mai 1915, abends 8 Uhr, im Restaurant
 „Ryffhäuser“, Saarbrücken 1, Schloßberg 9

Maifeier
 bestehend in Feste, Rezitationen und gemütlicher Unterhaltung.
 Es wird gebeten, pünktlich und vollzählig zu erscheinen.
 Das Komitee.

**Korrekte, kleidsame
 Augenläser.**
 Stabile Kneifer, Druckfreie Brillen.
 Für jede Gesichtsförm nach Mass.
Schlesicky-Ströhlein
 Kaiserplatz 17, Hofbräuhaus Frankfurt a. M.



**Tüchtige
 Fahrrad-
 Monteur**
 und
Reparaturen
 bei bestem
 Lohn gesucht
Weilwerke G. m.
 Rödelheim. b. H.

Tüchtige Zuschnneiderin
 für elektr. Bandmessermaschine bei
 hohem Lohn gesucht. Offerten unter
 301 an die Expedition d. Bl.
Fertige Anzüge
 Golen, auch nach Maß, mit und ohne
 Stofflieferung, billig. Kleine Ab-
 lung, gehattet. Schneiderei Witte.
 Baher Allee 101, 3. Etod, 118. 19

Prima Rind- und Kalbfleisch
 empfiehlt
S. Hirsch, Bockenheim,
 Gr. Seestrasse 28
 Elefant des Konsumvereins für
 Frankfurt a. M. u. Umgebung und
 Neuen Hohen. Familienvereins.
Pa. Rind- u. Kalbfleisch
 empfiehlt
S. Roth, Gr. Seest. 11, Bockenheim
 Telefon Amt II 7730.
 Spezialität:
 Rindswürstchen, per Pfd. 90 Pfg.
Rinds-, Kalbs- u. Hammelsmetzgerei
Hugo Hess
 Priessengasse 30a, Bockenheim
 älteste Metzgerei am Plage.
 Empfehle ordina Fleischwaren

Schuhsohlerei
Georg Seubert
 Gr. Seestrasse 28.
 — Nur prima Kernsohlen. —

Genossen! Genossinnen!
 Spontän! Kauft man bei mir neue
 und getragene
Herren-, Damen- u. Kinderkleider
Stiefel, Wäsche usw.
 Um gütige Berücksichtigung bitten
Hugo Bollmann nebst Frau
 Bergerstr. 217. 0745

Achtung!
 Durch Grippezeitung hoch. Bodenmiete
 bin ich in der Lage, Herren- und Damen-
 Anzüge, Hemden, Blusen, graue, braune,
 grün und gestreift, mit und ohne
 Umhangstoffen usw. 1- u. 2-reihig, zu
 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24 u. höher
 abzugeben. — Jünglings- und Damen-
 Anzüge in jeder Preislage. Ferner werden
 Maß-Anzüge, auch wenn Stoffe ge-
 kauft werden, billig angefertigt. Stoffe
 reise sehr billig abzugeben. Herren-
 Hüte, Zylinder und Kinder-Wäsche-
 Anzüge billig, nach Maß und fertig.
Herrenschneider
Bergerstr. 107, 1.

**Sellierhäuser-
 Kücheneinzelhandel**
 Bestes Aufw.-, Putz-
 und Reinigungsmittel für
 Küche und Haushalt!
Jede Hausfrau
 muss es haben!
 Zu haben in:
 Colonialwaren-, Drogen-,
 Küchengeräte-
 und Seifenhandlungen.
 • Pakete à 10 u. 20 Pfg. •
 Prämiiert „Hygiene“ Dresden 1901



Hauptniederlage:
H. Osborn, Frankfurt a. M.
 0915
 Vilbelstrasse 21.
Christentum u. Sozialismus.
 Von A. Bebel. Preis 10 /
 Buchhandlung Volksstimme